Memorandum by State Secretary Bülow of the German Foreign Office, February 19, 1934

Source: Dieter Albrecht, ed., *Der Notenwechsel Zwischen dem Heiligen Stuhl und der Deutschen Reichsregierung* [Diplomatic Note Exchange Between the Holy See and the German Reich Government] (Mainz: Matthias-Grünewald-Verlag, 1965-1980), vol. 3, pp. 19-20, reprinting memorandum from the Flaggenfragge (Flag Question) file of the German Foreign office

Text: Der Nuntius brachte bei seinem heutigen Besuch zur Sprache, dass in der Diözese Mainz die Flaggenfrage eine peinliche Wendung genommen habe. Der Bischof von Mainz habe anscheinend als einziger in Deutschland auf den Kirchen die nationalen Fahnen hissen lassen, wenn Anlass hierzu gegeben war. Als er dann merkte, dass im übrigen Deutschland nur die kirchlichen Fahnen aufgezogen wurden, habe er Weisung gegeben, künftig auch in seiner Diözese so zu verfahren. Daraufhin aber sei für Hessen und zwar für den 30. Januar eine Verordnung – unterzeichnet Jung – ergangen, wonach die nationalen Fahnen auf den Kirchen neben der kirchlichen Fahne aufzuziehen seien. Dieser Verordnung habe sich der Bishof gefügt. Er empfinde es aber peinlich, dass für Hessen eine andere Regelung getroffen werde als in den anderen deutschen Ländern. Der Nuntius erwähnte, dass Herr von Papen mit dieser Frage bereits befasst worden sei. Er führte ferner aus, dass der Bischof von Mainz in einer peinlichen Situation sei, die er ausserordentlich schwer empfinde. Er werde zu Unrecht separatistischer Neigungen beschuldigt und im Fasching hätten ihm auch etwa 30 als Franzosen verkleidete Leute ein Stänchen mit französischer Musik gebracht.

Im selben Zusammenhang erwähnte der Nuntius, dass trotz der Erklärung des Herrn Reichskanzlers, dass katholische Theologie Studierende nicht am Arbeitsdienst und Wehrsport teilzunehmen brauchten, sie in Münster hierzu immer noch genötigt würden. Auf Einzelheiten ging er nicht ein, sondern führte nur des Längeren aus, dass die Absichten und Weisungen des Herrn Reichskanzlers offenbar in der Provinz nicht immer richtig verstanden und richtig durchgeführt würden.